

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.50. Monatlich 55 Pfg. Postzeitung Nr. 4088 z. S. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Verammlungs-, Rechts- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., abwärtsige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 11 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 25.

Sonntag, den 29. Januar 1899

6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage und „Die neue Welt“.

Der Kommandant des Reichstages.

Der neue Reichstag hat sich gut verhalten mit dem neuen Herrn. Graf Ballestrem ist ganz der Mann dazu, das Ueberstehen des Centenns zu den Truppen der Regierung auch in der Gesamtheit der inneren und äußeren Reichstagsangelegenheiten als Präsident zu greifbarer Deutlichkeit kommen zu lassen. In einem süddeutschen Blatt wird von ihm gesagt, daß in seiner Person drei Eigenschaften verkörpert sind, die in ihrer Zusammenfassung fast folgerichtig zu seinem strengen Regiment führen mußten. Der Herr ist von hohem Adel und meint, wenn ein Edelster spreche, müsse der gemeine Mann den Mund halten. Der Graf ist aber auch Offizier und den blinden, schweigenden Gehorsam des Soldaten gewöhnt. Und endlich gehört er dem Centrum an, in dem die „Freiheit“ und das „Recht“, für die es kämpfen will, ganz anders verstanden wird, als von andern Leuten: es ist die Freiheit der unbedingten Untergebundenheit und das Recht des Schweigens, wo Andere reden.

Einem solchen Präsidenten kann allerdings bereits das vom parlamentarischen Standpunkte höchst zweifelhafte Lob nachgesagt werden, daß er Disziplin in den Reichstag bringe. Ist denn das Bedürfnis hierzu irgendwie vorhanden? Im deutschen Reichstage herrscht im Vergleich zu anderen Parlamenten ein überaus ruhiger Ton, und Ordnungsstörungen kommen nicht vor. Aber wenn man durchaus mehr „Disziplin“ im Reichstage wünscht, so läßt sich vielleicht der famose Wahlvorschlagn des Zimmermannschen Antifemitenblattes in Dresden erweitern. Derselbe will die Verleihung des Wahlrechts an die aktiven Soldaten, für welche ja die Offiziere die Stimmen abgeben könnten. Man, dann würde es sich wohl empfehlen, die Ordnung im Reichstage derjenigen der Exzerzierplätze anzupassen und diesen schlappen Kreis von unvorschriftsmäßigen Zivilschoten Mason beizubringen. Indessen vorerst besorgt Graf Ballestrem die Sache nach Kräften. Der komische Herr aus Sachsen, der ihm zum ersten Male bestellt ist, bemüht sich, es dem Gekerkerten nachzutun, doch ist Herr von Frege über einen Weiterleitungserfolg noch nicht hinausgediehen.

Der Ullas des Grafen Ballestrem, der die Kaiserreden, falls sie nicht amtlich oder durch den „Reichsanzeiger“ zur Kenntniß des Reichstages gebracht worden sind, von der Erörterung im Reichstage ausschließen will, erinnert einigermaßen an jenen herzerweichenden Gendarmen, der gebot: „Von Thema darf nicht gesprochen werden“. Nachgerade bilden ja allerlei Kaiserreden einen Hauptstoff der Behandlung und Verhandlung in allen ernsthaften politischen Kreisen, und der Reichstag sollte eine Stätte des Schweigens sein? Die Reichsboten sollten den Stimmen des Serail gleichen, weil der Kommandant des Reichstages in seinem subalternen Kommissärsgefühl sich verfehlt fühlt, wenn ein Wort der Kritik den vermeintlich in unfaßbarer Höhe über den gemeinen Sterblichen thronenden Kaiser trifft? Ueberall sonst, wo einem vielleicht nicht genügend sorglich abgemessenen Worte die landesübliche Denunziation und die Verurtheilung wegen „Majestätsbeleidigung“ zu folgen pflegt, soll man die zahlreichen Kundgebungen des Kaisers erbittert, weil politische Männer unmöglich schweigend vorüberstreifen können an dergleichen anregenden und erregenden Meinungsäußerungen eines außergewöhnlich mittheilsamen Fürsten, und nur im Reichstage soll es nach Nachwächterart heißen: Still da, kein Geräusch gemacht? Ist doch der Reichstag derjenige Ort, wo ein freies Wort gesprochen werden kann, ohne daß es einen Schutzmann oder Staatsanwalt etwas angeht, und diese letzte Schutzwehr der freien Meinungsäußerung sollte freiwillig aufgegeben werden, weil ein ehemaliger Mittelmeister das Bedürfnis empfindet, seine ohnedies einwandfreie Hofgünstigkeit im Bengalfener erstahlen zu lassen?

Die Zeiten ändern sich. Johann Jacoby erklärte es als das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen. Graf Ballestrem aber fordert zum Heil der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören sollen. Aber die Verfassung will die ungeschmälerte Redefreiheit im Reichstage und giebt keinem Präsidenten das Recht, ihr künstliche Fesseln zu schmieden. Kaiser, Bundesrath, Reichstag stehen gleichberechtigt neben einander, und wenn

ein Reichstagspräsident das Verlangen hegt, dem Kaiser gegenüber ein militärisches Subordinationsverhältnis heranzustellen, so thut er am Besten, wenn er die Ehrenstellung des obersten Vertreters des Parlaments aufgibt, bieweil er nicht das rechte Verhältniß von ihm hat.

Als vor genau zwanzig Jahren Bismarck den Versuch machte, mit dem sogenannten Maulkorbgesetz die Redefreiheit im Reichstage einzuzengen, da scheiterte sein Vorhaben an der Entschlossenheit des Parlaments. Und jetzt sollte gewissermaßen von hinten herum durch ein Wort eines Reichstagspräsidenten, der des Reichstags Vertrauensmann, aber nicht sein Kommandant sein soll, das erreicht werden, was man damals mit aller Macht gesetzgeberischen Vorstoßes nicht erlangen konnte? Die unbedingte Redefreiheit des Reichstages ist ein heiliges Grundrecht, und wenn es den Grafen Ballestrem gefället, dieses Grundrecht anzutasten, dann muß ihm sehr kräftig gesagt werden, was seine Stellung eigentlich bedeutet und daß man immer gut daran thut, die Wahrung zu beherzigen: Was Deines Amtes nicht ist, da laß Deinen Fürwitz!

(„Verl. Blg.“)

Politische Fremdwörter.

Deutschland.

Aus dem Reichstage. In der Kommission des Reichstages zur Beratung der von dem Abg. Mintelen vorgeschlagenen Änderungen und Ergänzungen des Gerichtsverfassungsgesetzes erklärte Staatssekretär Nieberding, daß bei der Zweifelhastigkeit des Erfolges die verbündeten Regierungen ihrerseits von einer Vorlage absehen, zumal die neuen Reichsjustizgesetze viele Ausführungsbestimmungen erforderten. Erst nach Ablauf des Jahres 1900 dürfte bei der Ueberlastung der Justizbehörde an die Einführung eines neuen Strafprozeßgesetzes gedacht werden. Es sei vielleicht besser, eine ganz neue Strafprozeßordnung zu schaffen. Im weiteren Verlaufe der Beratung erkannte der Staatssekretär die Unhaltbarkeit des jetzigen Zustandes der Verurteilung angeht der Militärstrafprozeßordnung an. Dagegen kündigte der Staatssekretär einen Gesetzentwurf an, der die Eidesfrage im Straf- und Zivilprozeß (Racheid anstatt Vor- und Nachid) regeln soll.

Aus dem Reichstage. Unser parlamentarischer Mitarbeiter schreibt uns: In der Sitzung am Donnerstag, mit der nach den Absichten des Präsidenten der gesamte Etat des Reichsamts des Innern erledigt werden sollte, bildete trotz ihrer fünfständigen Dauer das Kapitel: Kommission für Arbeiterstatistik fast den ausschließlichen Gegenstand der Verhandlung, und zwar abgesehen von einer wirksamen Schilderung der elenden Lage des Schreiberpersonals in Rechtsanwaltsbüros usw. durch unseren Genossen Heine, fast durchweg im Anschluß an die Bäckereiverordnung. Nebel und Wolfenbuhner setzten sich hierbei gründlich mit den Vertretern der Gesellenausbeutung auf der rechten Seite und bei den Nationalliberalen aneinander, während Dr. Hise durch einige Verlegenheitswendungen die Schwertung des Centenns zu bemänteln suchte und der Staatssekretär, Graf Bosdovsky, die Verantwortung für die einfache Nichtbeachtung der Verordnung durch die Polizei mit der Erklärung abzuweisen suchte, daß er keine Exekutive gegenüber den Einzelstaaten habe. Diesmal wurden die Bäckermeister auch durch ein Mitglied ihrer eigenen Zunft, den Nationalliberalen Schwarz aus München vertreten, der nach seinen eigenen Angaben im Kürschnerischen Almanach „1866 Meister wurde und sich zur Nahe setzte“, wodurch er die Wahrheit der Behauptung Stummis, daß das Bäckergewerbe das gesündeste sei, auf das Glänzendste bestätigte.

Die gresliche Bombengeschichte in Alexandria, die sieben erst von dem preussischen Minister des Innern im Abgeordnetenhaus „für eine sehr ernste Sache“ erklärt worden ist, wird in italienischen Blättern als purer Schwindel gebrandmarkt. Berliner Blättern wird aus Rom gemeldet:

Der „Don Chisciotte“ widerspricht der Erklärung des Ministers v. b. Mede, wonach das Bomben-Attentat gegen Kaiser Wilhelm eine sehr ernste Sache gewesen sei. Das Attentat, so behauptet das Blatt, habe niemals existiert. Die Bomben seien von einem Polizeispion im Dienste des Majors Treves, des Kommandanten der alexandrinischen Geheimpolizei, in das Kaffehaus des Angeklagten

Ugo Barrini verschleut worden. Dort habe sich eine Araberin mit einer verschlossenen Kaffete niedergelassen, habe Kaffee getrunken und die Kaffete dem Barrini in Verwahrung gegeben. Eine Stunde darauf sei die Polizei mit dem italienischen Vizekonsul und jenem Spiegel erschienen. Die Polizei habe ohne jede weitere Handlung die Kaffete beschlagnahmt und Barrini verhaftet; bald darauf sei aber auch seiner Spur verhaftet worden. Die Voruntersuchung habe ergeben, daß Barrini und Genossen Anarchisten waren, daß sie aber nie Bomben verfertigt oder ein Attentat an den Kaiser Wilhelm geplant hätten. Von allen diesen Dingen sei der italienische Minister des Auswärtigen Canavaro selbst informiert und überzeugt, wie er selbst eingestanden habe. Das Blatt fordert Canavaro auf, zur Wahrung der italienischen Ehre diesen Sachverhalt in einem offiziellen Dementi festzustellen.

Daß der italienische Minister dieser Aufforderung Folge leisten sollte, ist nicht anzunehmen, besonders nicht im gegenwärtigen Augenblicke. Die Wahrheit über die Alexandrinier Märbengeschichte wird darum doch bald völlig offenkundig werden und Herr v. b. Mede dürfte dann wohl einsehen, daß er übel berathen war, als er seine Erklärung im Abgeordnetenhaus abgab. — Beim Schluß der Sitzung der italienischen Deputiertenkammer am Donnerstag kam auch das angebliche Bombenkomplott zur Sprache, indem der Deputierte de Nicolo eine Anfrage wegen der anarchistischen Verbindung in Alexandria stellte. Minister Canavaro erklärte, nicht darauf antworten zu können, da der deswegen eingeleitete Prozeß noch im Gange sei; nur wünsche er, durch den Prozeß möchte der Beweis erbracht werden, daß die Bomben, welche bei den Anarchisten, deren mehrere italienische Staatsangehörige seien, gefunden wurden, nicht zu einem Attentate gegen Kaiser Wilhelm bestimmt gewesen sind. Offiziell konnte sich der Minister nicht deutlicher aussprechen, dem Wesen nach bestätigt er aber durchaus die von uns oben gemeldete Auffassung des offiziellen „Don Chisciotte“, welcher die ganze Bombengeschichte in's Fabelreich verwies.

Der Bundesrath hat in seiner Sitzung vom Donnerstag den Ausschussbericht über den Entwurf von Vorschriften betr. die Zulassung zur Führung von Hochsee-Fischerfahrzeugen in kleiner und in der Islandsfahrt, und dem Ausschussbericht über den Entwurf von Bestimmungen, betr. die Befestigung von Ankerungsstellen bei der Beförderung von lebendem Geflügel auf Eisenbahnen die Zustimmung erteilt. Ferner wurde über die Vorlage vom 13. Januar 1899, betr. die Erweiterung der der Hamburg-Amerika-Linie erhaltenen Erlaubniß zur Beförderung von Auswanderern, und über die Vorlage, betreffend die Beförderung von Auswanderern durch die „Compagnie Generale Transatlantique“ in Havre und Paris, Beschluß gefaßt.

Die Galgenstutzen. Die Galgenstutzen, die der Afrika-reisende Baumann veröffentlicht hat, werden in der Presse weiter diskutiert. Interessant ist nun die Zuschrift eines Afrikaners, des Herrn Fr. Kallenberg, an die „Kgl. Blg.“ Seine Zuschrift bezweckt, „ein charakteristisches Streiflicht auf Oskar Baumann zu werfen, auf Grund dessen seine Schilderungen auf ihren wahren Werth zurückgeführt werden können.“

Kallenberg erzählt:

„Im Juni 1895 traf ich an Bord eines von Bombay nach Trier in Fahrt befindlichen Dampfers des österreich-ungarischen Lloyd, der Imperatrix, mit einem intimen Freunde Oskar Baumanns zusammen. Wir sprachen n. a. auch über die Expeditionsführung in Afrika und die Rede kam auf Baumann. Aus dessen Worte über seine Reise nach den Nilquellen gewinnt jedermann den Eindruck, daß der Verfasser — im wohlthunenden Gegensatz zu anderen afrikanischen Berühmtheiten — als Expeditionsführer außerst human verfahren sei. Mein Gewährsmann, hinweisend auf seine nahen Beziehungen zu Baumann belehrte mich indeß eines anderen und zitierte einen Ausspruch desselben, der dem Sinne nach lautete: „Aus meinem Bunde erfahren die Leute zu Hause nicht, wie es auf einer solchen Expedition zugeht. Ich habe stets kurzen Prozeß gemacht und die Leute zu Hause gehen gelassen und erschließen lassen. Dies verlangt die persönliche Sicherheit des Expeditionsführers, andere haben es ebenjo gemacht. Wenn wir in unseren Reiseberichten dergleichen Dinge schildern würden, so würden sich die Leser, die von afrikanischen Dingen nichts verstehen, einen falschen Begriff machen und uns für die grausamsten Uebelthäter halten!“

Ich habe dem nichts weiter hinzuzusetzen, als daß die theilweise unter meinen Augen seiner Zeit abgewickelten Expeditionen v. Bismarcks und Chef Johannes, sowie meine eigene nach dem Nilmandscharo den Beweis liefern, daß man auch ohne derartige Gewaltmittel durch Afrika kommen kann — Chef Johannes hat während der Expedition nicht einmal eine Prügelstrafe verhängt, obwohl es ihm an begründetem Anlaß dazu nicht gefehlt hätte. Er ist einer unserer erfolgreichsten Afrikaner und seit vielen

Jahren in der verantwortlichen Position eines Stationschefs in Reich.

Danach wird sich der fidele Galgenhumorist Baumann wohl darüber äußern müssen, inwieweit er selber in der Kunst des Hängens und Erschießens Studien gemacht hat. Herr Kallenberg sucht im übrigen die Afrikaner reinzuwaschen und behauptet, es seien nur „vereinzelte Ausschreitungen“ vorgekommen, wie das Beispiel Friedrich Schröders auf der Plantage Dewa beweise, auf dessen Untthaten er als erster schon 1891 hingewiesen habe. Aber dies blieben doch immer Ausnahmen. Die paar merkwürdigen Ausnahmen Peters, Wehlan, Leiff, Schröder genügen aber wohl, um das gutwillige Urtheil des Herrn Kallenberg als sehr felsam erscheinen zu lassen.

Zu dem Ausschuss für die Angelegenheit der Wahl des Stadtverordneten Singer in die städtische Schuldeputation zu Berlin hat der Referent Dr. Preuß in der letzten Sitzung beantragt: In Erwägung . . . daß der Elaf des Kultusministers Woffe vom 29. August 1898, ebenso wie die früheren Erlasse seines Amtsvorgängers dem Geetze widersprechend und demgemäß für die städtischen Behörden unverbindlich sind, lehnt die Stadtverordnetenversammlung den Antrag des Magistrats auf Vornahme einer anderweitigen Wahl in die Schuldeputation ab, erklärt, daß vielmehr die am 11. Juni 1898 vollzogene Wahl des Stadtverordneten Singer rechts gültig ist, ohne einer Bestätigung zu bedürfen und ersucht den Magistrat, nunmehr baldigst die Einführung des Gewählten in sein Amt zu veranlassen. — Wir sind gespannt darauf, wie sich der Ausschuss zu diesem der Rechtslage Rechnung tragenden Antrage stellen wird.

Die Befürworter eines Volkswalles sind zunächst in der Petitionskommission des Reichstages abgeblüht. Die bezügliche Petition war eingereicht von süddeutschen Schafzüchtern und Schafweidenbesitzern, welche eine Verbesserung ihrer Lage herbeiführen wollen durch eine beantragte Einführung eines Eingangszolles auf rohe ausländische Schafwolle. Abg. Fischbeck (Fp.) beantragte Verhandlung im Plenum und Uebergang zur Tagesordnung. Abg. Marscur (Z.) nahm sich dieser Spielart unserer „Nothleidenden“ an, indem er beantragte, die Petition der Regierung als Material gelegentlich der Neuregelung der Handelsverträge zu überweisen. Die Kommission zeigte dazu aber keine Neigung, sondern erledigte die Petition durch einfachen Uebergang zur Tagesordnung.

Kleine politische Nachrichten. Im Reichstage ist eine Denkschrift betreffend die Höhe und Verteilung der finanziellen Belastung aus der Sozialversicherungsversicherung vertheilt worden. Der Denkschrift sind nicht weniger als 24 statische Tabellen beigegeben. — Ueber das Flaggerecht der Rauffahrtsschiffe ist dem Bundesrat eine Vorlage zugegangen. — Kleine Triumphe. Die Regierung erweist dem allmächtigen Centrum allerlei Liebeswürdigkeiten. Wie das „Echo der Gegenwart“ meldet, ist dem Provinzial der Rebenimportisten vom Oberpräsidenten von Westfalen die amtliche Mitteilung zugegangen, daß der Kultusminister aus der Minister des Innern am 12. ds. M. die Genehmigung zu einer neuen Niederlassung der Rebenimportisten in Bockum erteilt hat. (26 600 Soldaten sind schon ein paar Rebenimportisten werth). — Ein Spiritus-Monopol ist in der Gründung begriffen. So viel aus den bis jetzt an die Öffentlichkeit gelangten Mittheilungen zu entnehmen ist, will die Gesellschaft den Verkauf des Spiritus leiten, aber auch Spiritus rektifizieren. Die Gesellschaft erhält nur gewisse Prozentsätze aus dem Verkauf, die in einer Skala so abgestuft sind, daß bei verlustbringenden Preisen für Brenner auch die Spiritusfabrikanten leiden Nutzen mehr haben, bei höheren Preisen der Gewinn der Letzteren sich entsprechend erhöht. — Eine Anarchie über das Thema „Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung.“ Die Polizei notierte dabei nicht nur die Namen der Redner, sondern stellte am Schluß mit Hilfe am Ausgange politischer Kriminalbeamten auch die Personen der Teilnehmer der Versammlung fest. Wer sich dieser Aufforderung nicht fügte, wurde mit Sistrung bedroht. — Der im letzten Spätjahr „vertagte“ Landesauschuss für Elsaß-Lothringen tritt am 2. Februar wieder zu einer Sitzung zusammen. Sie ist nach der unter dem bekannten eigenhümlichen Umständen erfolgten „Vertragung“ des Parlamentes an Stelle des sonst üblichen Schlusses der Session nunmehr die 38. Plenarsitzung der 25., statt die 1. der 26. Session. — Der Herzog von Gotha verfügte anlässlich der Silberhochzeit des Kaiserl. aller Forst- und Forstvergehen bis zum 23. Januar. — Ärzte-Streit. Die sämtlichen Kassenärzte der gemeinsamen Orts-Krankenkasse Colmar i. El. stellen am Dienstag ihre Funktionen ein. Veranlassung zu diesem Schritte ist die Weigerung des Vorstandes der Orts-Krankenkasse Colmar-Land, mit dem Vorstand des Ärzte-Syndikates wegen der Abschätzung von Beiträgen in Verhandlungen einzutreten. Die Ärzte verlangen eine Erhöhung ihrer Honorare, die von der Leitung der Kasse nicht zugestanden wird. — In Rom liegt Carlo Bonaparte, das Haupt der Familie Bonaparte, im Sterben. — Der Präsident der Vereinigten Staaten, McKinley, und der Staatssekretär Hay haben sich mit der Möglichkeit der Ausweitung der philippinischen Junta in Washington beschäftigt. — In Ecuador ist zur Abwechslung wieder einmal ein Aufstand ausgebrochen. Am letzten Dienstag hat bei Sant Vreaga eine Schlacht stattgefunden zwischen den Aufständischen und den Regierungstruppen. Der Kampf dauerte den ganzen Tag, der Sieg blieb den Regierungstruppen. 400 Mann wurden getödtet 300 verwundet, 400 Aufständische wurden gefangen genommen. — Dem „Reuter'schen Bureau“ wird aus Manila unter dem 21. d. M. gemeldet: Das Amtsblatt „Republica“ theilt mit, daß der Kongress in Malolos die Verfassung genehmigt und ein Vertrauensvotum für Aguinaldo angenommen habe; er habe letzteren ermächtigt, den Amerikanern den Krieg zu erklären, wenn inamer er für rathsam halte.

Frankreich.

Der Prozeß Henry-Reinach (Reinach hat bekanntlich Henry einen Verräther genannt und ist deshalb auf Anstiften der Generalfeldherren von dessen Wittwe angeklagt worden. R. d. L. B.) begann am Freitag Mittag. Labori, der Rechtsbeistand Reinach's, stellte den Antrag, den Prozeß bis nach der Revision des Drehfus-Prozesses zu vertagen. Nach 1/4stündiger Berathung fällt der Gerichtshof keine Entscheidung dahin, die Vertagung sei abzulehnen und es habe sofort die Verhandlung stattzufinden. Labori stellte neue Anträge und verlangte, man möge ihm beschleunigen,

daß sein Klient gegen die Entscheidung des Gerichtshofes die Nichtigkeitsbeschwerde einlege. Saint Anban, Vertreter der Wittve Henry's, beantragte in seiner Entgegnung, daß die Nichtigkeitsbeschwerde keine aufschiebende Kraft haben solle. Der Gerichtshof erkannte schließlich, die Beschwerde Labori's gegen die Ablehnung seines Vertagungsantrages habe aufschiebende Wirkung. Der Prozeß Henry gegen Reinach ist somit vertagt. Gegen zwei Uhr Nachmittags erschienen vor dem Justizpalast lärmend mehrere Trupps, um zu demonstrieren; sie wurden jedoch von der Polizei alsbald vertrieben. Die von den Zugängen des Justizpalastes zurückgebrachten Antisemiten, die Kundgebungen verursacht hatten, sammelten sich auf der Place Chatelet und riefen: „Nieder mit den Juden; es lebe die Armee!“ Unter den Anwesenden befand sich auch der Deputirte Hubert. Die Polizei brängte die an der Kundgebung Theilnehmenden nach der Marche aux Fleurs, wobei mehrere Personen durch Stoßschläge leicht verwundet wurden.

Zur Drehfus-Affaire. Dem „Echo de Paris“ zufolge wurde Esterhazy nochmals für Sonnabend als Zeuge vorgeladen. Die nationalistischen Blätter behaupten, der Bericht der Enquete-Kommission verurtheile das Vorgehen der Kriminalkammer, insbesondere in der Auswahl der Zeugen. — Der Justizminister erhielt erst Freitag früh die gesammelten Akten der von Mazeau aus Anlaß der von Beaurepaire erhobenen Beschuldigungen geführten Untersuchung.

Son Drehfus ist aus Cayenne mit dem Postdampfer „Villedu Tanager“ eine Ergänzung der Antworten auf die Fragen des Kassationshofes in Frankreich eingetroffen. Derselbe Dampfer brachte Privatbriefe ein, welche Drehfus' Gesundheit günstig darstellen. Irgend welche Erleichterung war ihm bis zur Abfahrt des Schiffes nicht gewährt worden.

Lübeck und Nachbargebiete.

28. Januar.

Achtung, Tabakarbeiter! Wegen Lohn Differenzen ist der Bezug nach der Fabrik Rose u. Schweighofer, gr. Petersgrube, streng fernzuhalten. Das Bureau befindet sich Lederstraße 3. Die Streikkommission.

Zivilistenstolz. Gerade in bürgerlichen Kreisen werden oft Klagen darüber laut, daß zwischen den Staatsbürgern im blauen Rock und denen im bürgerlichen Gewande künstlich ein Gegensatz konstruirt, daß dem Militär eine gewisse Heringschätzung gegen alles eingeimpft werde, was Zivil heißt. Daß der Gegensatz vorhanden ist, wird Niemand bestreiten. Er besteht leider und wird bestehen, so lange der Klassenkampf von Bestand ist, der seine Prätorianer so gut gebraucht, wie der römische Cäsarenstaat. Daß aber Bürger die inferiore Stellung, in welche sie als „gewöhnliches Zivil“ dem uniformirten Stammesgenossen gegenüber gedrängt werden, noch als eine Art Wohlthat empfinden, das dürfen wir wohl mit Recht als ein Zeichen des Niveaus ansehen, auf das unser militär- und polizeifrommes Bürgerthum so nach und nach gerathen ist. Der unter Herrn Julius Heise's würdiger Leitung stehende Kameradschaftsbund der 76er und 162er hat an seine Mitglieder ein Zirkular verfaßt, in dem es u. A. heißt:

„Dem Bund ist von Herrn Generalmajor Mejer gütigst gestattet worden, am Militärgottesdienst im Dom theilzunehmen.“

Nach beendeten Gottesdienst marschirt der Bund geschlossen hinter dem III. hanseatischen Regiment Nr. 162 nach dem Kasernenhofe. Hier nimmt er, Dank gütiger Erlaubniß, Aufstellung, und wohnt der großen Parade zu Ehren seiner Majestät bei.

Kameraden, daß wir als Zivilisten diesem glänzenden militärischen Schauspiel auf dem Kasernenhofe beizuwohnen dürfen, ist eine hohe Auszeichnung.

Jeder Kamerad, der sich freimachen kann von der Werktagarbeit, sollte antreten. Sagt Euren Arbeitgebern, wie man unsere größten Widersacher den 1. Mai feiern läßt, so sollte man uns alten Soldaten auch gestatten, den Geburtstag unjeres kaiserlichen Herrn zu begehen.

Am Freitag gilt es: „Das Ganze.“

Der Vorstand.

Es würde die Wirkung des Dinges abschwächen, wollten wir es erst seziren. Nur eine sachliche Bemerkung: Jene Herren sehen in den organisirten Arbeitern ihre „größten Widersacher.“ Das beruht nicht auf Gegenseitigkeit. Die klassenbewußten Arbeiter nehmen die Kriegervereine als Widersacher garnicht ernst, vor Allen nicht, wenn sie aus Schriftstücken, wie das oben zitierte, ersehen, was für tapfere Männer diese ihre „Gegner“ sind.

Unsere Lotterie spult noch immer in der Bremer Bürgerschaft. Die dortigen Rietersche können sich durchaus nicht über die ablehnende Haltung des Senates beruhigen und purren fortwährend wieder an. Ein Herr Grimmenstein brachte am Mittwoch die Sache in der Bürgerschaft wieder aufs Tapet. Er berief sich auf die „blinden Hennen“, die ja auch bei Vertig in die Lehre gegangen sind, und meinte weiter, in Lübeck habe man sich genöthigt gesehen, die Zahl der Loose um 3000 zu erhöhen, das sehe nicht nach schlechten Geschäften aus. Wenn der Senat aus moralischen Gründen gegen die Lotterie sei, müsse er auch ein allgemeines Spielverbot erlassen. Ihm erwiderte Herr Senator Gröning, wie folgt: „Ich nehme das Wort nicht, um unsere Gegner zu überzeugen, ebenso wie auch die Aus-

führungen des Herrn Grimmenstein bei den Anhängern der Stellung des Senats in das eine Ohr hinein- und aus dem andern hinausgehen werden. Die Gründe des Senats sind allerdings vornehmlich moralischer Natur. Gegen die Konsequenz, die Herr Grimmenstein zieht, daß nun auch ein allgemeines Spielverbot zu erlassen wäre, habe ich nichts einzuwenden, ein solches Verbot wäre mir sympathisch. Es müßte allerdings eine Frist festgesetzt werden, weil die bisherigen Kollektoren durch das Verbot gezwungen würden, von Bremen fortzuziehen oder ein anderes Geschäft zu ergreifen. Die beiden Sachen liegen aber auch verschieden: die Verpachtung des Lotterierechts an Braunschweig ist eine altberbrachte Sache, die Konstituierung einer bremischen Lotterie wäre etwas ganz Neues, ein neuer Schritt auf dem falschen Wege, auf dem wir uns in gewisser Weise bisher befunden haben. Es ist ein großer Unterschied, ob man Jemandem die Konzeption läßt, die Spielfucht auszubenten, oder ob man das selbst im Namen und auf Rechnung des bremischen Staates thut. Was andere Staaten thun, will ich nicht kritisieren, ich bin aber nicht dafür, daß Bremen folgt. Ich unterschreibe die Worte des bayerischen Finanzministers: wenn man eine Sippflanze auch nicht ausrotten kann, so pflanzt man sie doch zum Mindesten nicht neu an. Eine bremische Staatslotterie würde auch wesentlich auf Schmuggel gegründet sein. Wenn Ihnen das gleichgültig ist, mir ist es nicht gleichgültig. Später wird auch die Majorität der Bürgerschaft dem Senat noch einmal Dank wissen, daß er sich ablehnend verhalten hat.“ — Man sieht, der Bremer Senat redet etwas kräftiger und deutlicher, als J. B. der hiesige. Herr Senator Gröning hat als weiser Diplomat erklärt, er wolle andere Staaten nicht kritisieren, aber was er gesagt hat, ist eine Kritik anderer Staaten, wie sie scharfer gar nicht gedacht werden kann. Man spürt förmlich den Luftzug, den die Ohrfeige verursacht, die er verabreicht.

Die Schneider Zwangsinnung vollzieht ihre Wahl in der am Montag, den 30. d. M., 6 Uhr Nachmittags bei Siebels, Johannisstraße 6, stattfindenden ersten Hauptversammlung.

Klappen zu! Seewärts importirt wurden in der vorigen Woche 12 Kinder — vom Inlande.

Geld her! Ein Privat-Telegramm meldet dem „Berl. Tagebl.“, allgemeinem Wunsche nachkommend ziehe der Senat das Projekt einer Vertiefung des Hafens von 5 auf 6 1/2 Meter ernsthaft in Erwägung. Die Ausführungskosten würden sich auf 3 bis 4 Millionen Mark belaufen.

Schiffverkehr im Hafen. In der vorigen Woche liefen ein 30 Dampfer und 2 Klüftenegler, ausgegangen sind 25 Dampfer, davon 16 mit Ladung.

Das läßt tief blicken. In einer Notiz: „Die Fahnen heraus!“ schrieb das Amtsblatt gestern am Schluß „Auch über die Freudigkeit, mit der bei uns die Fahnen herausgesteckt werden, läßt sich ein Wortlein reden. Man giebt vielfach erst genaue Dacht, ob der Nachbar seine Fahne hift. Süß mal süß!“

Vom Tage. Untersuchung ist eingeleitet gegen einen Arbeiter, welcher einem Kaufmann einen 18 Pfd. schweren Käse gestohlen haben soll, und gegen einen Auktionator, welcher beschuldigt wird, die Mobilien eines Tapetierers widerrechtlich verkauft zu haben. — In Haft geriether fünf Bettler und zwei Trankene.

Mehrwert. Die Privatbank vertheilt eine Dividende von 8 1/2 pCt., die Hanseatische Fisch-Industrie Aktien-Gesellschaft (vorm. S. H. Schumacher) eine solche von 5 pCt.

Die Heringseinfuhr betrug in der vorigen Woche 11 300 Risten.

Ordnung. Ihres Amtes enthoben sind wie der „Gen. Anz.“ meldet, die bisherigen Gemeindevorstandsmitglieder Ehlers und Rechnungsführer Martens. Der Vorgang dürfte mit den seit längerer Zeit unlaufenden Gerüchten in Verbindung stehen.

Entin. Zur Verbreitung unserer Presse. Nur allzu oft findet der Arbeiter Gelegenheit, die Arbeiterfreundlichkeit der bürgerlichen Presse zu beobachten, besonders bei großen politischen und wirtschaftlichen Kämpfen. Dann pfeifen Ober- und Unterprivilegirte alle aus demselben Loche. Allen voran die Provinzial-, Lokal- und Amtsblätter überbieten sich, besonders die Landbevölkerung, die Bewohner der Kleinstädte grüßlich zu machen vor der modernen Arbeiterbewegung. Auf eine Handvoll Blagen pflegt es ihnen dabei nicht anzukommen. Besonders die sozialdemokratische Arbeiterpartei der Großstädte wird in der gemeinsten Weise verläumdelt. Den gegentheiligen Darstellungen aber verschließt man geistlich die Spalten der Blätter, ja auch Unterstellungen scheut man nicht. Das tritt besonders drastisch zu Tage, wenn die Parlamente versammelt sind. Die Neben der sozialdemokratischen Abgeordneten werden entweder total entstellt und verstimmt oder die Blätter, insbesondere die Amtsblätter, verschweigend gänzlich. Gleichwohl haben viele bürgerliche Blätter ihre Leser in Arbeiterkreisen, und vielfach glückt ihnen das, weil mancher Arbeiter leider in ungenügender Würdigung seiner ureigensten Interessen nach der „billigen“ Schandwaare greift, vielfach auch in falscher Rücksicht auf seine Frau, die bedauerlicher Weise oft noch Gefallen an dem Klatsch und Tratsch findet, auf das „viele Papier“ abonniert. Da muß es gerade jetzt die Aufgabe unserer alten, erprobten Genossen sein, den vortrefflichen Reichstagsberichten der Arbeiterpresse überall Eingang zu verschaffen, die Last- aus dem Lesen gefandener Sekunde zu weiden, um so für die weitere Verbreitung der sozialdemokratischen Blätter zu sorgen. Das gilt besonders für Entin und — wie die Reaktio-

Dem geehrten Publikum Lübecks und Umgegend hiermit die ergebene Anzeige, daß ich mein

Special-Putz-Geschäft

Holstenstrasse 18,
verlegt habe.

meinem bisherigen Geschäftslokal
gegenüber,

Ich bitte, das mir bisher in so reichem Maße bewiesene Vertrauen und Wohlwollen auch ferner zu erhalten.
Hochachtungsvoll

Bertha Döhrmann, i. Fa.: Arthur Mansfeld Nfl.

Karl Willenbrock's Möbel-Magazin

Markstraße 9
empfiehlt gut gearbeitete
Möbel, Spiegel- und Holzwaren
zu soliden Preisen.

Männergesangsverein Vorwärts Schwartau.

Einladung zum Masken-Ball

am Sonntag den 12. Februar
in Lindner's Hotel in Schwartau.
Kassensöffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.
Maskezug 8 Uhr.
Karten sind bei sämtlichen Mitgliedern sowie
am Abend an der Kasse zu haben.
Zahlreiche Beteiligung erwünscht
Der Vorstand.

Verband der Buchbinder und ver- wandten Berufsge nossen. (Bücherei Lübeck)

Einladung zum Kappen-Fest

am Donnerstag den 2. Februar
im Concerthaus Fünfhausen.
(Großer Saal).
Kassensöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Eintritt 50 Pfg., Damen frei.
Das Comité.

Gesangsverein „Eintracht“

Am Sonntag den 29. Januar: Theater = Aufführung mit nachfolgendem Ball

im Lokale Frhm. „Concordia - Garten.“
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
Theater-Aufführung: Ein Muster-Staffe.
Anfang 7 Uhr.
Mitgliedskarten müssen vorgezeigt werden.
Einführung gestattet.
Das Fest-Comité.

Zum rothen Löwen.

Sonntag den 29. Januar:
Tanz-Unterhaltung.

Friedrich-Franz-Halle

Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen
L. Lübke.

Colosseum.

Heute Sonntag:
Große Volksmasquerade
W. Dasser.

Photographisches Atelier Herm. Schwegerle, Breitestr. 31.

Kranken- u. Sterbekasse gewerblicher Arbeiter.

General-Versammlung am Montag den 30. Januar

Abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1898 und Jahresbilanz.
2. Wahlen nach § 17 des Statuts.
3. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
NB. Nach Schluß der Versammlung Vorlegung der Jahres Abrechnung
der Frauen-Sterbe-Kasse.
Der Vorstand.
Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.

Brauerei Walkmühle.

Sonntag den 29. Januar 1899:
Zweites Großes humoristisches
Bockbierfest
verbunden mit **grossen Concert**
ausgeführt von der hiesigen Regiments-Kapelle, unter Leitung ihres Kapellmeisters
Herrn Florenz Clausnitzer.
Eintrittspreis 30 Pfg., wofür Bier und Programm gratis verabfolgt werden.
Für genügend Räumlichkeit ist bestens gesorgt, falls eine Ueberfüllung stattfindet.

Brauerei Tackenburg.

Sonntag den 29. Januar:
Ausschank von Bockbier.

Hansa-Halle. Familienkränzchen.

Heute Sonntag: Freier Eintritt.
Ausgang von Bock- u Lager-Bier. Freier Tanz.

Neu-Lauerhof. Grosses Tanzkränzchen.

Heute Sonntag:
Anfang 4 Uhr. Ende 12 Uhr. Entree frei.

Central-Hallen. Jeden Sonntag: Tanz in beiden Sälen.

Concert-Haus „Flora“

Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Ende 12 Uhr. F. Grammerstorf.

Stebr's Etablissement.

Jeden Sonntag:
Große Tanz-Musik.

Elysium.

Morgen Sonntag:
Tanzkränzchen.
Ergebenst H. Havemann.

Vereinshaus.

Sonntag den 29. Januar:
Musik-Unterhaltung.

Wakenitz-Bellevue.

Morgen Sonntag:
Tanzkränzchen.
W. Kruse.

Neue Lohmühle

Sonntag den 29. Januar 1899:
Tanz-Kränzchen.
Ferd. Wohlfert, Str.

Club Fidelitas.

Masken-Ball

am Sonntag den 29. Jan.
in sämtl. Räumen des „Zivoli“.
Kassensöffnung 5 Uhr. Ende 4 Uhr.
Anfang 6 Uhr. Von 6-8 Uhr:
Tanz für die Zuschauer.
Eingang derselben Gewerkevereinsaal.
Von 7-8 Uhr: Versammlung der Masken.
Eingang derselben Königspforte.

Präcise 8 Uhr: Maskenzug.

Fremdenkarten sind bei den Herrn F. Nagel,
Cigarrengeschäft, am Markt, A. Levy, Mühlent-
straße 11, und F. Callies, Kupferschmiede-
straße 24, zu haben.
NB. Die Karten für erwachsene Mitglieder-
Kinder sind nur beim Kassensführer zu haben.
Schulpflichtigen Kindern, sowie fremden Biertrink-
ern ist der Zutritt nicht gestattet.
Die Maskengarderobe von Herrn Bitenje be-
findet sich am Ballabend im Hause.
Der Vorstand.

Zivoli-Reitbahn-Circus.

Sonntag den 29. d. M., Anfang 4 u. Nm.
Großes
Abschieds-Reiten
für Damen und Herren
mit vielen Ueberraschungen, wozu ich ein reich-
haltiges Publikum nochmals höflich einlade.
Willi Rütze, Direktor.

Circus Varieté

Wieder-Gründung
Mittwoch den 1. Februar, 7 1/2 Uhr.
Der originelle Carnevals-Spielplan.
Nur komische Programmnummern.
Lachen, lachen und immer wieder lachen.

Wilhelm-Theater.

Sonntag den 29. Januar.
8. Wallspiel des Stadttheater-Ensembles.
Große Doppelvorstellung zu einfachen Preisen.
Sie weiß etwas.
Schwank in 4 Akten von Ad. Kneifel.
Hierauf:
Die Tochter der Hölle.
Lustspiel in 5 Akten von Ad. Kneifel.
Billetverkauf bei Herrn Cowalsky, Sandstr.

Stadttheater in Lübeck.

Sonntag den 29. Januar, Nachm. 3 1/2 Uhr.
Der Raub der Sabinerinnen.
Schwank in 4 Akten von F. u. P. v. Schönthan.
Abends 7 Uhr.
C A R M E N.
Große Oper in 4 Akten von G. Bizet.
Montag den 30. Januar.
Die Walküre.
Musikdrama in 3 Akten von R. Wagner.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksboten“.)

Berlin, den 26. Januar.

19. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Schluss.

(Ausführlicher Bericht.)

Bebel (S.D.): Ich halte das Reichsamt des Innern für verpflichtet, die Handhabung der Reichsgesetze und Verordnungen zu überwachen. Adge Graf Vosadowitz doch im Bundesrathe reden. Das wird schon wirksam sein. Im Reichsamt des Innern sind so heterogene Gegensätze mit einander vereinigt, daß es das Begriffsvermögen eines Mannes weit übersteigt, auf all diesen Gebieten gleichmäßig beschlagen zu sein. Vielleicht ist der Herr Staatssekretär aus diesen Erfahrungen heraus heute geneigt, die alte Forderung nach einem Reichsarbeitsamt, die wir schon im Jahre 1884 erhoben haben, auch seinerseits zu unterstützen. Das wäre eine wesentliche Verbesserung in der Lage unserer ganzen Sozialpolitik. Wenn Herr Graf Vosadowitz uns auf die einzuliegende Landtage verweist, in denen wir, wie er genau weiß, so gut wie gar nicht vertreten sind, vor allem in Preußen nicht, so klingt das etwas nach Ironie. Vieles würde gebessert werden, wenn das Haus sich entschließen könnte, einem allgemeinen Normalarbeitstag für die Gewerbe seine Zustimmung zu geben. Mit dem Abg. Dertel und den Herren drüben werden wir uns nicht verständigen können. Unsere Anschauungen über das, was der Arbeiter als Mensch braucht, sind himmelweit von den ihrigen verschieden. Sie wollen den Arbeiter nur in so weit entgegenkommen, als geschehen kann, ohne daß der Unternehmer den geringsten Schaden erleidet. Wir meinen, daß der Staat in erster Linie zum Schutz der Schwachen und Schwächsten da ist und daß er diese Pflicht erfüllen muß, selbst auf die Gefahr hin, den Unternehmern wehe zu thun. Der Abg. Dertel hat mit besonderer Empfindung darauf hingewiesen, wie notwendig die Erhaltung des Mittelstandes ist. Sie möchte ich den Herren Agrarier doch zu erwidern geben, daß sie auf ihren Kongressen ständig zu Grüdungen von Bäckereigenossenschaften, Schlachtgenossenschaften und Kollereigenossenschaften aufrufen, die den Mittelstand ganz besonders schädigen müssen. Wer untergräbt ihn also? Ich erinnere auch an die Läden, die hier in der Potsdamerstraße Mittergutsbesitzer aus Hannover und Westpreußen mit ihren Produkten aufmachen und dadurch den Konkreten dieser Branche tödliche Konkurrenz machen. Uns ist es natürlich ganz gleich, auf welche Weise die kapitalistische Wirtschaft ihren Höhepunkt erreicht. Sie arbeiten ja doch nur der Sozialdemokratie in die Hände. — Weiter hat Herr Dertel von sozialdemokratischen Konsumvereinen gesprochen. Zunächst muß ich es leugnen, daß es sozialdemokratische Konsumvereine überhaupt giebt. (Widerspruch rechts.) Gewiß, es giebt Konsumvereine, in denen nur Sozialdemokraten thätig sind, aber die Sozialdemokratie selbst hat es bisher stets abgelehnt, sich an diesen Gründungsgeheften zu beteiligen, ein Parteitag hat sich klar und deutlich darüber ausgesprochen. Dagegen ist es allerdings den Sozialdemokraten zu verdanken, wenn Mißstände, die in Konsumvereinen bestanden, abgestellt wurden. So wird neuerdings in den sächsischen Konsumvereinen die Sonntagruhe streng eingehalten, der 8 Uhr-Abendeschluß wird trotz der Konkurrenz der anderen Kaufleute durchgeführt, die Arbeitszeit beträgt jetzt höchstens 11 Stunden und außerdem haben die Arbeiter in jeder Woche einen Nachmittags frei. Und sollten die Verkäufer von den Konsumvereinen noch mehr, etwa den 10stündigen Arbeitstag und den 7 Uhr-Abendeschluß verlangen, so werden wir Sozialdemokraten sicher nichts dagegen haben. — Herr Dertel hat mich den Großvater der Bäckereiverordnung genannt. Nun, es ist wahr, daß von dem Augenblick an, wo meine Großväter erschienen, man überall in Deutschland auf die Lage dieser Arbeiterkategorie aufmerksam wurde, und ich rechne mir dies als ein Verdienst an, denn die angestellten Untersuchungen haben ergeben, daß die Verhältnisse in den Bäckereien noch viel schlechter waren, als ich sie dargestellt hatte. So lange die Herren von der Rechten nicht beweisen, daß die Bäckereien durch die erlassenen Verordnungen geschädigt sind, sind offenbar ihre Lamentationen über die Bäckerei-Verordnung nur dadurch veranlaßt, daß den Bäckereimeistern einzelne Bestimmungen derselben unannehmlich sind. In anderen Ländern bestehen noch viel weitgehendere Bestimmungen. So dürfen in England junge Leute unter 16 Jahren nicht nur in Bäckereien, sondern überhaupt nicht in gewerblichen Betrieben beschäftigt werden, in einer Reihe von Betrieben besteht bereits der stündige Normalarbeitstag. Ferner hat der österreichische Handelsminister im vorigen Jahre bereits den 10stündigen Normalarbeitstag für Bäckereien durchzuführen wollen und konnte seine Absicht nur deshalb nicht ausführen, weil er inzwischen seinen Posten verlassen mußte. — Ferner hat Herr

Dertel gemeint, die neuen Verordnungen erzeugten eine Demoralisationswuth unter den Arbeitern. Demgegenüber möchte ich doch darauf hinweisen, daß die Arbeiter das gute Recht haben müssen, darauf zu achten, daß die minimalen Wohlfahrten, die ihnen durch das Gesetz eingeräumt werden, ihnen von den Unternehmern auch gewährt werden. Denn die Bäckereimeister können sehr wohl die Bestimmungen einhalten, wenn sie es nur wollen, das hat seiner Zeit in den Fragebogen auch ein Theil der Bäckereimeister erklärt. Und wenn trotzdem ein Theil der Arbeitgeber systematisch die Bestimmungen übertritt, so haben die Arbeiter wohl das Recht, dies den Behörden zur Anzeige zu bringen. Die Thätigkeit der Kommission für Arbeiterstatistik ist durchaus fortreibend und legendreich. Zunächst muß es sich für sie darum handeln, Material zu schaffen für den § 120 a, der von dem hiesigen Normalarbeitstag handelt. Auch hier werden die Untersuchungen noch viel Aufschlüsse an den Tag bringen. So z. B. in den handindustriellen Zweigen der Tabakindustrie, deren Abschaffung sogar die Tabakfabrikanten selbst fordern, allerdings nur aus dem Grunde, weil sie unter der Schmutzfonturanz dieser Industrie zu leiden haben. (Bravo! b. d. Soz.)

Dertel (N. d. L.): Der Abg. Bebel hat jetzt die Großvater-schaft der Bäckereiverordnung wenn auch etwas schüchtern, zugegeben. Ich gebe zu, eine Verständigung zwischen mir und Herrn Bebel ist unmöglich. Ich bin auch mit ihm einverstanden, daß die Rücksicht auf die wirtschaftlich Schwächsten das Tempo der Sozialreform bestimmen muß. Aber die wirtschaftlich Schwächsten sind neben den Lohnarbeitern die kleinen Gewerbetreibenden. (Sehr richtig! rechts.) Gerade diese Gewerbetreibenden haben sehr an den Vorkursen der Sozialreform zu tragen, sie haben sie gern auf sich genommen. (Sehr richtig! rechts.) Herr Bebel hat uns Agrarier als Mittelstandsbildner bezeichnet, weil wir angeblich Bäcker- und andere Genossenschaften gründeten. Ich bitte ihn, aus der Thätigkeit des Bundes der Landwirthe mir nachzuweisen, wo dieser solche Genossenschaftsgründungen empfohlen hat. Wir nehmen stets dagegen Stellung, weil wir wissen, daß Sie es gern wollen. Herr Bebel weiß auch solche Gründungen entschieden von der Partei ab. Ich weiß, die Sozialdemokratie ist dazu zu klug; aber ein gewisser Zusammenhang besteht doch zwischen der Partei und den Arbeiter-Konsumgenossenschaften. Als damals die Lagerhalter über zu lange Arbeitszeit klagten, machte man ihnen ja Vorwürfe, daß sie die Läden nicht vor die Partei gebracht, sondern in der Öffentlichkeit verhandelt hätten. Herr Bebel meint, die Mißstände seien jetzt beseitigt. Ich würde mich freuen, wenn die erlassenen Verordnungen nicht nur auf dem Papier ständen. Was Sie thun wollen, trägt nur zur Verschärfung der Gegensätze bei, unsere Sozialpolitik soll die Gegensätze verhüten. Die Erhaltung des Mittelstandes ist unbedingt notwendig, die Bäckereiverordnung schädigt einen integrierenden Theil des Mittelstandes, und deshalb verlangen wir ihre Aufhebung. (Beifall rechts.)

Schwarz (Waldliberal): In München sei die Ausführung der Bäckereiverordnung unmöglich. Er erinnere sich, daß schon drei Jahre Erhebungen gepflogen worden, aber kein Resultat zu sehen sei. Er polemisiert gegen Bebel, bleibt aber auf der Tribüne unverständlich.

Fischer von Stumm (N.F.): Herr Müller halte nicht ganz Recht, als er von der Kommission für Arbeiterstatistik nochmalige Erhebungen über Mittel zur Abklärung der durch die Bäckereiverordnung hervorgerufenen Mißstände verlangte. Ein besonderes Arbeitsamt halte ich nicht für notwendig. Das ist doch egal, ob sich eine besondere Abteilung des Reichsamts des Innern mit diesen Dingen beschäftigt, oder ein besonderes Arbeitsamt. Die Kommission für Arbeiterstatistik sollte sich damit begnügen, nur Material zu sammeln. Das Bäckergewerbe ist das gefündeste im ganzen Reiche. (Lachen links.) Eine Verkürzung der Arbeitszeit ist nur dann notwendig, wenn sie die Gesundheit schädigt. Sonst können wir eben zum Normalarbeitstag, den wir doch prinzipiell bevorzugen. Die Bäckereiverordnung schädigt besonders die mittleren und kleinen Meister. Merkwürdig ist es, daß die Sozialdemokraten sich bei der Bäckereiverordnung so als Hüter der Geistesfreiheit aufstellen. Als das Sozialistengesetz haben sie gewiß und jede Majestätsbeleidigung verherrlicht sie. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Im Bäckergewerbe ist der Schwache nicht der Geselle, sondern der Meister. Ihn müssen wir schützen und ihn nicht in noch größere Abhängigkeit vom Gesellen bringen. Herr Bebel hat sich mit solchem Eifer für den Schutz der Schwachen ausgesprochen. Schwache sind für den Staat auch die Arbeitswilligen. Und daher hoffe ich, daß Herr Bebel auch für das Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen eintreten wird. (Bravo! rechts; Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Wollenbühr (S.D.): Ein Zusammenhang zwischen den letzten Bemerkungen des Herrn v. Stumm und der Kommission für Arbeiterstatistik dürfte sich sehr schwer nachweisen lassen; ich will deshalb bei dieser Gelegenheit auf eine Erweiterung verzichten.

Herr v. Stumm hat ebenso wie Herr Müller behauptet, die Kommission für Arbeiterstatistik sei über ihre Befugnisse hinausgegangen, als sie Vorschläge zur Verringerung der ermittelten Mißstände machte. Den zwei Fraktionsgenossen der beiden Herren in der Kommission ist eine solche Behauptung nie in den Sinn gekommen. Wie liegt denn die Sache? Die Kommission für Arbeiterstatistik hat doch nicht etwa die Bäckereiverordnung erlassen, sondern die Kommission für Arbeiterstatistik ist vom Reichsanwalt ausgedebert worden, zu untersuchen, ob im Bäckereigewerbe irgend welche Mißstände bestehen, die auf dem Wege der Gesetzgebung oder der Verordnung beseitigt werden können. Darüber ist verhandelt, Erhebungen sind angestellt worden, und die Kommission hat dann einen Vorschlag zur Verringerung dieser Mißstände gemacht, der an Reichstag und Bundesrath oder den Bundesrath allein geht, so nachdem der Mißstand auf dem Wege der Gesetzgebung oder durch Verordnung zu beseitigen ist. Die Kommission für Arbeiterstatistik selbst hat nichts zu verordnen und hat das auch nie gethan. Was nun die hier vorliegende Frage anlangt, so war es mir interessant, daß gerade Herr von Stumm den Hauptgrund der Bäckereimeister gegen die bekannte Verordnung verrieth. Er wies darauf hin, daß die ständige Ueberwachung der Polizei — wie er sich ausdrückte — so große Bitterkeit in den Kreisen der Bäckereimeister hervorgerufen hat. Gewiß diese Ueberwachung der Betriebe war es vor allem, die die Bäckereimeister nicht wollten, und weshalb der Sturmlauf gegen die ganze Verordnung aus ihren Kreisen hervorging. Die Bäckereimeister sagen immer, sie seien in einer schlechten Lage, sie seien die Gedrückten. Diejenigen, die ihre Arbeiter beneiden. Warum begeben sich denn die Meister nicht selbst in die beneidenswerthe Stellung eines Gefessenen zurück; das müßte ihnen doch sehr leicht werden, vorausgesetzt, daß sie etwas von ihrem Handwerk verstehen. (Sehr gut! bei den Soz.) Der Arbeiterstand in diesem Gewerbe ist auch deshalb so besonders nötig, weil in ihm unter 114 922 Arbeitern 42 855 unter 18 Jahren alt sind. Alle Gegner des Arbeiterstandes sind meist von der Ansicht ausgegangen, der Arbeiterstand habe sich lediglich auf die Weichen und jugendlichen Arbeiter zu beschränken. Wenn aber in einem Gewerbe mehr als ein Drittel der gesamten Arbeiterkraft der Kategorie der jugendlichen Arbeiter zuzurechnen ist, dann, denke ich, ist der Arbeiterschutz dringender geboten. (Sehr richtig! links.) Nun sagen Sie zwar, eine ganze Masse Meister gehe an der Verordnung zu Grunde, und auf einem Sonntagstage wurde einmal behauptet, daß in einem einzigen Jahre 240 Bäckereimeister in Berlin allein wegen dieser Verordnung hantlerot gemacht hätten. Als ich aber die amtliche Konkurrenzstatistik nachlas, mußte ich zu meinem Erstaunen sehen, daß, wenn alle Konkurrenz, die im Laufe des betr. Jahres in Berlin vorgekommen sind, von Bäckereimeistern gemacht worden wären, dann die angegebene Zahl immer noch zu groß war. Aber die Herren Bäckereimeister operieren gern mit derartigen Uebertreibungen. 1 1/2 Stunden haben die Bäckergesellen selber durchschnittlich gearbeitet. Jetzt ist diese übermäßige Arbeitszeit reduziert worden, und wenn die Meister da über schwere Schädigung schreiben, so können Sie er-messen, wie schwer die Ausbentung vorher war, denn die ganze Schädigung besteht für sie nur in der Verkürzung der Arbeitszeit der Gesellen. Herr Schwarz hat heute dieselben Einwendungen erhoben, die die Bäckereimeister s. B. vor der Kommission erhoben haben. Die Gesellen, die gleichfalls vernommen wurden, bereiteten den Meistern einige Ueberlegen durch Widerlegung ihrer Einwände. Sie sagten den Meistern über die technische Seite des Handwerks Bescheid, sagten ihnen, wie manche Schwierigkeiten zu umgehen seien, belehrten sie über den Einfluß der Witterung auf die Geseze. Herr Schwarz meinte, der Meister könne doch nicht hinter jedem Gesellen stehen und seine Arbeit kontrollieren. Es ist allerdings eine schwere Zumuthung, daß der Meister in die Backstube gehen und seine Leute überwachen soll. Das ist schon etwas viel verlangt. Die Herren leben es natürlich mehr, daß die Arbeiter ganz für sich arbeiten, ohne Ueberwachung, und daß am Morgen alles fertig ist, sonst wird er sofort entlassen. Ob der Arbeiter seine Arbeit hinlänglich thut, kann man in jedem Arbeitszweige am fertigen Produkt erkennen. Es ist da nicht notwendig, daß hinter jedem Arbeiter ein Aufpasser steht. Wenn die Bäckergesellen vielleicht von geringerer moralischer Qualität als die anderen Arbeiter sind, so liegt das daran, daß sie durch die unerschämte lange Arbeitszeit bereits geistig und körperlich degenerirt sind. Jedenfalls wird die Qualität der Gesellen sich heben, wenn sie besser gestellt werden. Noch kein Gewerbe ist daran zu Grunde gegangen, daß seine Arbeiter gut gestellt sind. Herr Dr. Dertel hat behauptet, daß die Herren vom Bunde der Landwirthe sich dem Genossenschaftswesen gegenüber immer ablehnend verhalten hätten. Doch nicht in allen Fällen! Sind Ihre Einkaufsgenossenschaften, Ihre Thomasküchlein-Bezugs-genossenschaften etwa keine Genossenschaften? Ich bin ganz sicher, Ihre Mittelstandsfreundlichkeit geht nicht so weit, daß Sie in der Genossenschaftsbildung Halt machen, wenn Sie sich sagen müssen, dadurch werden wir die Bäckereimeister ruiniren. Nein

Die Kinder der Exzellenz.

Roman von Ernst von Wolzogen.

(17. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Nun, was sagen Sie? Ist sie nicht reizend, ist sie nicht hübsch, diese kleine Bismarckin?“ rief die Fürstin aus, sobald sich die Thür hinter der Diva geschlossen hatte. Die Damen gaben ihr höflich, Bodo begeistert recht, und dann fuhr die Fürstin fort: „Ich weiß sehr wohl, man findet es in der Gesellschaft einigermassen shocking, daß ich eine Operettenfängerin bei mir sehe; aber sagen Sie selbst, liebe Prax von Verjen, ist sie nicht eine Dame — ganz comme il faut?“

„In der That, sie hat tabellose Manieren!“

„Ich glaube natürlich kein Wort von ihrer pikanten Nübergeschichte,“ lachte die Verleburgerin. „Ich bin fest überzeugt, daß sie von Familie ist — vielleicht ein unglückliches Abenteuer — mein Gott! Das kommt an der Spree so gut vor, wie an der Donau. Mein Neffe ist bis über die Ohren verliebt in sie, und sie läßt ihn erbarmungslos schmachten — ja, ihre Haltung ist wirklich tabellos! Nun, Sie werden sie ja am Mittwoch bei mir sehen und hören.“

„Verzeihen Sie, Durchlaucht, wir sind leider gezwungen, Ihre lebenswürdige Einladung abzulehnen. Meine Gesundheit gestattet mir nicht, meine Abende in großer Gesellschaft zuzubringen, und außerdem: die junge Braut im Hause, die Arbeit mit der Ausstattung.“

„Aber so bringen Sie doch Ihren Professor mit, liebe Kleine,“ beharrte die Fürstin. „Ich wäre ganz untröstlich, Sie entbehren zu müssen. Ich bin zu glücklich, wenn ich hübsche junge Menschen um mich sehe! Ich weiß, es ist eine Sünde, aber ich kann für garstige Leute kaum das

Notwendigste an Liebenswürdigkeit erbringen. Ich weiß ganz gut, daß ich selbst nie hübsch gewesen bin, aber darum habe ich mich auch als junges Mädchen selber nicht ausstehen können und fand es geradezu bewundernswürdig von meinem lieben Cousin, dem Fürsten, daß er mich so ohne Murren geheiratet hat. Jetzt bin ich eine alte Frau, da vertrieht man sich in seine Spigenhaube wie ein Engelchen in die Lämmervölkchen und schaut die Komödie aus der Vogelperspektive an. Ich kann Ihnen nur rathen, liebe Baronin, werden Sie achtzig Jahre alt; es ist das vergnügteste Alter, wenn man nur noch mobile Beine und ein scharfes Vorquon hat. Es ist nur ein Glück, daß ich kein Mann geworden bin, ich wäre ein Baurien und Jagdloz mein Lebenlang geblieben. . . . Esst, verabschieden Sie mich nicht — sonst bringe ich mich vollends um den Respekt bei meinem Neffen!“

Prinz Fähringen trat wieder ein und ward von seiner Tante zu Hilfe gerufen, um die Verjen zum Widerruf ihrer Abgabe zu bewegen. Aber er war noch zu erfüllt von den Hoffnungen, welche die letzten Worte der Brigori in ihm erweckt hatten, als daß er mit besonderem Geist und Eifer dieser Aufgabe nachgekommen wäre. Die Damen trugen noch allerlei unklare Gründe zusammen und beharrten auf ihrer Abgabe, nur Bodo nahm für sich an. —

Alta senkte tief auf, als sie auf die Straße traten. Trubi sah sie an und ahnte, was in ihr vorgehen mochte. Sie schob ihren Arm unter den ihrer Schwester und drückte ihn an sich. Bodo führte seine Mama — sie wollten eine Strecke durch den Thiergarten zu Fuß gehen.

„Diese vergnügteste Verleburgerin-Fähringen ist wirklich die schneidigste alte Dame im ganzen Reichshauptstädtchen,“ sagte der Leutnant. „Aber eigentlich kein Umgang für junge Mädchen, was Mama?“

„Wie meinst du?“ Die Exzellenz hatte gar nicht hingehört. Sie trieb ihren Sohn zu etwas schnellerem Schritte

an und fragte ihn dann leise, wie er denn mit den Majors zu befriedigen gedente.

„D, der wird schon mit sich reden lassen,“ versetzte Bodo leichtthin, und trällerte aus der weißen Dame: „Ich laß mir's nach und nach von meiner Gag' abziehen.“

Da zuckte die Mutter plötzlich zusammen, wie wenn eine giftige Schlange sich vor ihren Füßen zischend emporgereckt hätte. Ihre Arme wandten und sie mußte sich einen Augenblick fest an den Arm des Sohnes klammern, um nicht zu Boden zu sinken.

„Mama, was ist dir?“

„D nichts — ich stieß mit dem Fuß an einen Stein — es ist schon wieder gut. Komm' nur weiter,“ sagte die Exzellenz, sich gewaltsam aufraffend. Aber sie war noch bleich vor Schreck und der Arm zitterte, an dem sie ihr Sohn führte. Sie hatte am hellen Mittag ein Gespenst gesehen, eine Stimme aus dem Grabe gehört — eine laut mahnende Stimme, die ihr mit furchtbarem Ernst zurief: „Der Augenblick ist da, jetzt rede und rette Deinen Sohn!“ Aber die schwache Frau fand auch jetzt nicht das rechte, das grausame, aber vielleicht einzig heilsame Wort, sondern sie brachte es nur zu bekümmerten Ermahnungen und zu allgemeinen Warnungen, welche Bodo geduldig anhörte und respektvoll — zu den übrigen legte.

Sie hatten die Schwestern vorausgehen lassen, da die Mutter nach dem gehabten Schreck nicht mehr so rasch auszuschnellen vermochte. Nun sahen sie, wie die Mädchen vor einem die Allee kreuzenden Reitwege Halt machten, um einen Reiter an sich vorbeizulassen.

„Alle Wetter, das ist ja Pflamenschmeißer — hoch zu Ross!“ rief Bodo unwillkürlich ziemlich laut und machte ein paar schnellere Schritte, um dem Reiter nachzublicken: „Der Sitz ist nicht übel. Er scheint ja den Miethschinder höllisch ran zu nehmen. Hat er Euch nicht gegrüßt?“

meine Herren, wenn Sie den Verdienst der Bäckermeister den Landwirthen zuführen können, werden Sie sich ebenso wenig bedenken, wie unsere Großindustriellen, wenn es durch Einführung neuer technischer Erfindungen den Profit zu verheßern gält. Auch diese, die in Versammlungen sich immer als große Freunde des Mittelstandes hinstellen, haben sich nie bedacht, solche Verbesserungen einzuführen, wenn sie auch Tausende dabei erkränkten. — Herr Dr. Hertel hob hervor, daß die Müller so schlecht gestellt sind. Ist es ihm denn unbekannt, daß die Verschlechterung in der Lage der Mülkerei zum großen Teil dadurch herbeigeführt ist, daß in den Genossenschaftsmülkereien, wo man Dampftrieb hat, dieser Dampftrieb gleichzeitig ausgenutzt wird, um irgend eine Mühle in Bewegung zu setzen zum Mahlen des Viehfutters? So gut wie Sie da gesagt haben, werden Sie auch sagen und weiter in der Genossenschaftsbildung fortfahren. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Pige (C.): In der ganzen Debatte über die Bäckerverordnung ist kein neuer Gesichtspunkt geklärt worden. Eine fruchtbarere Diskussion wird erst möglich sein, wenn das Material der Enquete vorliegt, die die Regierung über die Wirkungen der Verordnung veranstaltet hat. Was die Kommission für Arbeiterstatistik betrifft, so ist sie ganz bei noch dem Entwurf der Statistikkommission, der nur eine Kommission für statistische Erhebungen wollte. Die Reichskommission für Arbeiterstatistik hat ihre Kompetenz durchaus nicht überschritten und sich ganz in dem Rahmen ihrer Befugnisse gehalten. Die Bäckermeister beschwerten sich sehr zu Unrecht über die statistische Kontrolle. Wenn eine Verordnung erlassen ist, muß sie auch durchgeführt werden, und wer soll die Durchführung überwachen, wenn nicht die Polizei. Zu den statistischen Revisionen liegt nichts Entwürdigendes. Alle die, die gegen die Bäckerverordnung gesprochen, haben nicht ein Wort gegen die enormen Mißstände im Lehrungswesen im Bäckereibetriebe gesagt. Delegationen kommen überall vor. Die Bäckermeister haben nicht einmal ersichtlich den Versuch gemacht, die Verordnung durchzuführen. Sie müßten sich doch wenigstens bereit erklären, die offensichtlichen Mißstände abzustellen. Aber nichts von alledem. Hätten sie das getan, würden wir viel eher bereit sein, in weitere Erörterungen darüber einzutreten, als wir es jetzt sind. Die Verordnung selbst enthält ja wirklich eine Menge Ausnahmsbestimmungen, die den Bäckermeistern entgegenkommen. In der Kommission sind ja auch Meister vernommen worden, die sich gar nicht so schroff abweisend verhalten haben. Zimmerlin kann nach ja heute über manche Bestimmungen der Verordnung noch diskutieren, aber der Schutz der Bäckerarbeiter darf nicht aus dem Auge verloren werden. Man kann doch Herrn Weber keinen Vorwurf machen, daß er die Mißstände angeht. Der Vorwurf ist den Innungen und Verbänden zu machen, die seit Jahren bestehen, aber nicht etwas getan haben, um die Mißstände zu beseitigen. (Sehr richtig! links.)

Seifert (SD.): Kein Mensch bestreitet, daß es auch in den Konsumvereinen Uebelstände giebt, die noch beseitigt werden müssen; die politische Partei hat mit Konsumvereinen, auch wenn sie unter Leitung von Geistesreichen stehen, an sich nichts zu schaffen. Ich selber habe die Ehre, der Verwaltung eines Konsumvereins anzugehören. Da will ich aber doch auf die Fortschritte hinweisen, die wir im Verhältnis zu anderen Geschäften im Handelsgewerbe aufzuweisen haben: auf den Achtuhr-Adressenschluß, einstündige, auch anderthalbstündige Mittagspausen, vollständige Sonntagserhe, einen freien Tag im Monat, achtstündigen Sommerurlaub für das Personal unter voller Bezahlung. Von all diesen Fortschritten ist in anderen Geschäften keine Rede. Nennen Sie uns doch einen Fall der Maßregelung eines Lagerhalters, einer Verkäuferin, eines Markthelfers bei uns wegen freier Meinungsäußerung, oder einen Fall der Verweigerung des Koalitionsrechts! Sie können es nicht. Wir werden immer mit gutem Beispiel vorangehen. Wir sind bereit, wenn der Achtuhr-Adressenschluß eingeführt wird, um 7 oder 7/2 zu schließen! Zu der Bäckerlei des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz ist die achtstündige Arbeitszeit eingeführt, und Sie weikern gegen die 12stündige Arbeitszeit der Bäckerverordnung! Wir empfehlen das Beispiel der Konsumvereine Ihrer Nachbarn. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

W. Müller (Duisburg (M.)) erkennt an, daß sich die Kommission im Rahmen ihrer Kompetenz gehalten hat. Jedoch würde es nur für wünschenswert halten, daß die Kommission nur Material sammelt, aber die Schlussfolgerungen der Regierung überläßt.

„Nein — er sah uns groß an und dann sehte er sich in Galopp — und vorbei,“ antwortete Trudi.

„Hegel!“
„Nun warf ihrem Bruder einen mißmutigen Blick zu wegen dieser groben Meinungsäußerung und sagte hochmütig: „Wenn uns an einem Grube dieses Herrn etwas gelegen wäre, so hätten wir zuerst grüßen müssen, das ist amerikanische Sitte.“

„Ach was, er ist lange genug hier, um sich auf deutlich anständig zu benehmen,“ erwiderte Bodo.

„Yankee doodle came to town riding on a pony,“ sang Trudi, um die Sache in's harmlose Komische zu ziehen. Aber freilich ohne jeden Erfolg.

„Ich werde vielleicht noch Gelegenheit finden, diesem Burlesken Manieren beizubringen,“ sprach Bodo. „Aber noch etwas energischer, wie der alte Muz das Reiten!“

Da legte die Excellenz ihre Hand auf Bodo's Schulter und sagte mit bebender Stimme: „Ich flehe Dich an, tritt Herrn von Eckardt nicht zu nahe. Vermeide jede Gelegenheit, mit ihm Streit anzufangen — Du weißt nicht...“

Die beiden Töchter, sowie Bodo blickten erstaunt und besorgt die Mutter an. So bleich und so elend hatte sie noch nie ausgesehen! Sie vermochte ja kaum zu reden vor Schwäche!

„Komm, gehen wir uns hier auf die Bank, Mama,“ hat Trudi besorgt. „Bodo sucht uns eine Droschke zu verschaffen.“

(Fortsetzung folgt.)

Literarisches.

Der *Simplicissimus* (Illustr. Wochenchrift. Verlag von Albert Langen, München, vierteljährlich 1.25 M., Einzel Nr. 10 Pfg.) bringt in seiner Nr. 44 wieder ungemein viel beachtenswerth Amüsantes in Wort und Bild. Auf der ersten Seite nimmt Bruno Paul in einem vorzüglichem, äußerst dekorativen Bilde Stellung zu den Ausweisungen in Schleswig. Mit Zeichnungen zu durchweg guten und treffenden Witz sind ferner in der Nummer vertreten: E. Thöny, Wilhelm Schulz, W. Caspari und J. V. Engl. Der beliebte Hausdichter des „Simplicissimus“, Hieronymus Jöbs, ist als Räuberhauptmann in die böhmischen Wälder gegangen, von woher er seine Erlebnisse in lustigen Knittelversen berichtet, nicht ohne wichtige Schlaglichter auf allerlei aktuelle Ereignisse in seinem bisherigen Vaterland zu werfen. Treflich vervollständigen die Nummer Beiträge von Ludwig Jacobowski, Dr. Ludw. Thoma und mehrere lustige Sachen unter der so schnell populär gewordenen Rubrik: Lieber *Simplicissimus*. Die Nummer 46 des „Simplicissimus“ wird als Karnevals-Nummer erscheinen und besonders reichhaltig und lustig sein. Diese Nummer kann auch direkt vom Verlag franko gegen Einzahlung von 15 Pfg. in Marken bezogen werden.

Dr. R. B. (W. d. Landw.): Herr Seifert hat selbst zugegeben, daß auch in den sozialdemokratischen Konsumvereinen Mißstände zu beseitigen sind. Herr Wolfenbühler hat wieder der Hand der Landwirthe angezapft und gesagt, wie schädigend den Mittelstand durch unsere Verkäufe von Thomasmehl. Diese Ausführung war sehr schwach. Handwerker stellen sehr Thomasmehl her, und gerade den kleinen Landwirthen helfen wir, indem wir ihnen ihr Thomasmehl billig verkaufen. Die weitere Anzapfung des Abgeordneten Wolfenbühler, daß die Volkseigenen Kaufmannschaften ihr Futter selbst schroteten, zeigt von auffallender Unkenntnis der Dinge. Solche Dinge können einfach nicht aus dem Hause gegeben werden. Es wäre gerade so, wenn sich Jemand einen Knopf selbst amnäht und Herr Wolfenbühler käme und sagte, das Schneiderhandwerk werde dadurch geschädigt. Wenn Sie nicht bessere Gründe haben, dann bleiben Sie mit Ihren Angriffen auf uns lieber daheim.

Die Position: „Kommission für Arbeiterstatistik“ wird hierauf bewilligt.

Beim Kapitel „Statistisches Amt“ nimmt das Wort

M. B. (W. d. Landw.): Es ist jetzt überall vom wirtschaftlichen Aufschwung die Rede. Im statistischen Jahrbuch ist von einem Aufschwung der Ansahrt der Eisenindustrie die Rede von 100 Millionen. Aber hier ist ein Druckschreiber unterlaufen, statt 225 Millionen muß es 127 Millionen heißen. Die ganze Steigerung der Ansahrt zerfällt in Nichts. Ein solcher Fehler sollte aber nicht vorkommen. Aus den statistischen Aufnahmen erziehe ich überhaupt nicht den erst sinst von der preussischen Thronebegegnung vermehrten Wohlstand. Die Arbeiter haben höhere Löhne, die Kapitalsozialisationen große Gewinne, aber was dazwischen liegt, der Mittelstand, befindet sich nicht auf dem aufsteigenden, sondern auf dem absteigenden Ast. Es wäre Aufgabe des statistischen Amtes, nachzuweisen, wie sich die Zunahme des Wohlstandes auf die verschiedenen Klassen vertheilt. Sie würde zeigen, daß der Mittelstand und die Landwirtschaft nicht dabei sind und diese beiden Klassen besonderen Schutz verdienen.

Dr. B. (Antif.) wünscht eine genauere Statistik über die Lage des Mittelstandes. Es müßte festgestellt werden, wie viel Anfälle bei den Zwangsversteigerungen zu beklagen sind.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky kann nicht zugeben, daß das Bild der Handelsbilanz so angünstig ist, wie es Abg. Mühlke bargegibt hat. Die von Herrn Mühlke geforderte Zahlungsablang-Aufstellung sei unmöglich. Der Wohlstand sei im Wachsen nach allen äußeren Kriterien; er erinnere nur an die Vermehrung der Sparcassettens, die Zuneigung größerer Kapazitäten industrieller Unternehmungen, an die bessere Lebenshaltung weiter Volksschichten.

Herr v. Stumm (M. B.) entgegnet dem Abg. Mühlke, daß auch der sinkende Export keineswegs einen Rückgang des Wohlstandes darthue, im Gegenteil, er beweise nur, daß die Waapverhältnisse im Inlande günstiger seien als früher.

Nach einigen Bemerkungen der Abg. Paasche (M.) und

M. B. (W. d. L.) zur wirtschaftlichen Lage, tritt

Berner (Antif.) für Verbesserungen der Gehälter der Bureaubeamten und Hilfsarbeiter im „Statistischen Amt“ ein und fragt an, wie die 28 000 Mark Mehrforderungen verwendet werden sollen.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Es sind sechs neue Beamte notwendig, die den neu vorzubereitenden Posttarif ganz genau kennen müssen. Diese Anstellung erfordert natürlich Mehrkosten. Außerdem steigern sich die Gehälter einzelner Beamtenkategorien aus den in dem Vorjahre vorgenommenen Gehalts-erhöhungen.

M. B. (W. d. L.) wünscht eine Gleichstellung im Gehalt der jetzt bestehenden zwei Klassen von Kanzleisekretären. Er wünsche diese Gleichstellung im Allgemeinen, er erziehe nur hier, um die Sache anzuschneiden, bei dem Titel „Kanzleisekretär des statistischen Amtes“ das Wort, weil dieser der erste Titel dieser Art ist.

Auf Antrag des Abg. Müller (S. W.) wird dieser Titel an die Hilfskommission zurückverwiesen.

Das Kapitel wird hierauf mit Ausnahme dieses einen Titels bewilligt, ebenso das Kapitel „Normal-Nichtungs-Kommission.“ Sodann wird die Weiterberatung auf Sonnabend, 28. Jan., 1 Uhr, verlegt, auf der Tagesordnung steht außerdem noch die 2. Lesung des Marine-, Kautschou- und Postetats.

Schluß 6 1/4 Uhr.

Patronen und Arbeiter-Löhne.

Die Maurer und Zimmerer der Unterwesercorte haben Forderungen auf Lohrerhöhungen gestellt. Eine Gegenäußerung der Meister liegt noch nicht vor.

Eine Versammlung von 1500 Sammtwebern in Erfeld beschloß die Fortsetzung des Ausstandes.

Die Geschäftsbücher der Magdeburger „Volkstimme“, die gerichtlich beschlagnahmt worden waren, sind nach der gerichtlichen Entfestelung am Sonnabend dem Geschäftsführer Fabian wieder zugestellt worden. In einem Ermittlungsverfahren, über dessen Zweck die „Volkstimme“ noch nichts mittheilen kann, wird Fabian als Zeuge vernommen werden.

Kommunale Sozialpolitik. Die Stadt Grenoble in Frankreich besitzt ein eigenes Restaurant, das in großem Stile eingerichtet ist. In den Restaurationsräumen können 400 Personen auf einmal zu äußerst billigen Preisen speisen. Die Küche liefert für sämtliche Kinder der Stadt das Mittagessen, das dieselben in den oberen Räumen des Restaurants einnehmen. Viele Familien lassen sich das Mittagessen ständig aus diesem Restaurant in's Haus bringen. Ungerechnet der Mahlzeiten, die an die Kinder verabsolgt werden, liefert die Küche täglich etwa 1200 Diners. Von den Erträgen des Restaurants wird immer der Ueberfluß eines Jahres in Reserve behalten, um bei einer etwa eintretenden Theuerung der Lebensmittel verwendet zu werden.

Die Schlachtergesellen in Kopenhagen sind in eine Bewegung eingetreten und werden, da die Meister sich ihren Forderungen gegenüber ablehnend verhalten, in nächster Woche die Arbeit einstellen. Die Lage der Schlachtergesellen in Kopenhagen ist die gleiche, wie in Deutschland. Die Arbeitszeit ist unbegrenzt, weil die Arbeiter in Kost und Logis bei den Arbeitgebern sind. Für die endlose Arbeitszeit erhalten diese Arbeiter einen Lohn von 9—10 Mark pro Woche. Nach langem Bemühen ist es gelungen, die Schlachtergesellen Kopenhagens, die ca. 400 Mann zählen, fast sämmtlich zu organisiren. Gestützt auf diese Organisation wollen die Arbeiter jetzt die vorhandenen, menschenwidrigen Zustände beseitigen. Sie fordern in erster Linie die Beseitigung der Leistung von Kost und Logis seitens der Arbeitgeber, und eine dementsprechende Vergütung in Geldlohn und die Regulirung der Arbeitszeit. Die Arbeitgeber sind eifrig

bemüht, Streikbrecher aus den Kreisen der deutschen Schlachtergesellen heranzuziehen. Es ist deshalb dringend geboten, daß die Letzteren von allen Freunden der Arbeiterfrage auf die Bedeutung des sich in Kopenhagen entwickelnden Kampfes aufmerksam gemacht werden, damit sie ihren dortigen Kollegen nicht in den Rücken fallen. Gelingt es den Schlachtergesellen Kopenhagens, ihre Forderungen durchzubringen, so wird die günstige Mitwirkung auf die Lage der deutschen Schlachtergesellen nicht ausbleiben. Deswegen muß mit aller Energie für Fernhaltung des Bezuges gesorgt werden. Die Adresse des Präsidenten der Kopenhagener Abtheilung ist: Schlachtergeselle W. Hartmann, Rundsgade 58, 2. Etage, Kopenhagen V.

Unter den gefährlichen Feinden des Kleingewerbes wird mit Vorliebe auch der Hausirhandel aufgeführt. Es ist deshalb interessant, Ergebnisse der statistischen Ermittlungen zu betrachten, die der „Berein für Sozialpolitik“ über diesen Gegenstand angestellt hat und die „Wef.-Ztg.“ mittheilt:

„Ganz allgemein ist der Steuer-Ertrag der Wander-Gewerbetreiber zurückgegangen, sogar in den Gegenden, in denen die Wander-Gewerbetreibenden an Zahl zugenommen haben. Nicht deutlich wird dies beispielsweise aus einer Statistik des preussischen Saar-Reviers. Die Zahl der Wander-Gewerbetreibenden, d. i. die Zahl der Hausierer ist in den Jahren von 1877 bis 1890 etwa um 50 pCt. gestiegen, von 2431 auf 3647. Aber während dem Steuerjahre von 6 Mark früher 12 pCt. der Hausierer angehörien, sind es jetzt 26 pCt.; zum Steuerjahre von 12 und 18 Mark gehörten früher 16 und 7 pCt., jetzt 27 und 12 pCt. Dagegen sind die Angehörigen der höheren Eufen im Mittel-gange; dem Steuerjahre von 48 Mark gehörten früher 36 1/2 pCt., an jetzt nur noch 10 1/2 pCt. Die statistische Verhältnisse finden sich anderwärts; beispielsweise im Bielefelderischen ist die Zahl der Hausierer, die überhaupt keine Steuern bezahlen, um 176 pCt. gewachsen u. s. w. Das zeigt deutlich, daß der Hausierhandel dem angesehener Kleinbetriebe immer weniger Konkurrenz macht. Die zahlreichen „Hausierer“, welche ein so unbedeutendes „Gewerbe“ betreiben, daß sie keine Steuer zu zahlen haben, sind proletarische Handwerker, Leute, die mit Streichhölzern, Nannern u. auf den Straßen handeln.“

Aus Nah und Fern.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse. Der Dienstknecht Ewald in M. o. s., bänischer Untertan, wurde wegen Majestätsbeleidigung verhaftet. — Die Strafkammer in G. s. t. v. verurtheilt den Dachdecker Jürgens zu B. o. z. l. i. n., der sich der Majestätsbeleidigung in zwei Fällen schuldig gemacht hatte, indem er zu zwei verschiedenen Malen beleidigende Äußerungen über den heussischen Kaiser aussprach, zu drei Monaten und zwei Wochen Gefängniß und in die Kosten des Verfahrens. Die Verhandlung fand natürlich unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

— Wegen desselben Vergehens verurtheilt das Gericht in M. e. m. l. den Eigenkühner Michel Kupschus aus Schillenburg zu drei Monaten Gefängniß. — Wegen Majestätsbeleidigung ist am 26. Oktober v. J. von der Strafkammer in E. b. e. r. s. w. l. d. e. der Wolkereibesitzer Wilhelm Pulcke zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Bei einer Kontrollversammlung kam das Gespräch darauf, daß im Kriege manchmal auch Raketen gefressen werden müßten. Pulcke machte hierauf eine Bemerkung, in der der Kaiser erwähnt wurde. Er hatte geglaubt, er habe nur einen Scherz gemacht, fügte dann aber, bedenklich geworden, sogleich hinzu, man solle aus seinen Worten keine Majestätsbeleidigung machen. Seine Revision wurde als unbegründet vom Reichsgericht verworfen. — Das Landgericht Dortmund verhandelte unter Ausschluß der Oeffentlichkeit gegen den Handelsmann Brüggerhoff aus Bittermark wegen Majestätsbeleidigung. Der Angeklagte wurde zu einem Jahr Gefängniß verurtheilt und sofort abgeführt. — Die Strafkammer in Düsseldorf verurtheilt einen Schornsteinfeger aus Baugen zu zwei Monaten Gefängniß, weil er am 13. Dezember v. J. in einer Wirtschaft zu Kaiserwerth in angetrunkenem Zustande sich einer Majestätsbeleidigung schuldig gemacht hat.

Hundert Millionen Patronen. In dem Ungarischen Metallarbeiter (Nr. 2 vom 20. Januar v. J.) lesen wir eine Mittheilung, wonach der Präsident der Wiener Handelskammer, Max Mauthner, dieser Tage einer bei ihm erschienenen Deputation erzählt habe was folgt:

„Vor längerer Zeit stand die Lieferung von hundert Mill. Patronen für die türkische Armee in Submission. Es bewarben sich deutsche und österreichische Patronenfabriken um die Lieferung, und da Oesterreich das deutsche Angebot wesentlich unterbot, war man in Konstantinopel bereits im Begriffe, mit letzterem abzuschließen. Da — im letzten Augenblick — erhielt die kaiserliche Patronenfabrik trotz des höheren Preises doch die Lieferung. Und das kam so: Kaiser Wilhelm hat sich mit einem eigenhändigen Schreiben unter Berufung auf die langjährige Freundschaft Deutschlands und der Türkei an den Sultan gewandt und um Berücksichtigung des deutschen Angebotes gebeten. Die prompte Folge dieser Intervention war die Vergebung der Patronenlieferung an Karlsruhe.“

Wie übrigens dasselbe Blatt an anderer Stelle meldet, wurde auch an eine österreichische Fabrik eine Bestellung vergeben. Die deutsche Waffenindustrie (Munition usw.) ist in den Händen eines großen, straffgegliederten, über „ihre“ Arbeiterfrage herrisch gebietenden Kartells, das auf Kosten der Steuerzahler kolossale Gewinne einheimt: man kennt z. B. die Geschichte des famosen Pulverringes. Auch der Karlsruher Betrieb ist ein Glied des deutschen Unternehmertruffs. Wenn die Angaben des ungarischen Fachblattes richtig sind, so erscheinen sie als ein interessanter Beitrag zu Kapitel der Palästinafahrt.